



Pressemitteilung 05/2008

Kommentar der Gesellschaft für Rationelle Energieverwendung e.V. zu den Empfehlungen der NRW-Enquetekommission:

Im April 2008 hat die Enquetekommission des NRW-Landtags ihren Bericht zu den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Endverbraucher vorgelegt. Schon Ende 2005 hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen als erstes Landesparlament eine Enquetekommission zu diesem Thema eingerichtet. Der Bericht enthält 23 Handlungsempfehlungen. Einige dieser Handlungsempfehlungen (Empfehlungen 1 bis 7 sowie 19 und 20) betreffen unmittelbar die privaten Haushalte als einem der größten Energieverbrauchssegmente. Obwohl die den Empfehlungen zugrunde liegenden Energiepreisszenarien bereits nach wenigen Wochen von der Wirklichkeit überholt wurden, gilt: **die Empfehlungen finden im Wesentlichen die Zustimmung der Gesellschaft für Rationelle Energieverwendung.**

Das gilt vor allem für die **Empfehlungen ortsnahe Energieberatung flächendeckend einzuführen (19)** sowie **insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen zu beraten und zu unterstützen (20)**. Denn noch immer sind Informationsdefizite wesentliches Hemmnis der Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen.

Ebenso gilt es Anreize zu schaffen, die Effizienz in der Energienutzung zu verbessern. Finanzielle Förderungen können dabei die Handlungsfähigkeit insbesondere für Haushalte mit geringen Einkommen verbessern. Eine Ausweitung der Förderangebote ist auch ein wesentlicher Maßnahmenbestandteil der Empfehlung 1, die **Sanierungsquote bei Altbauten von 1% auf 4% jährlich** anzuheben. Hierbei wird zu Recht auf den **bedarfsorientierten Energieausweis als Grundlage** abgehoben, wie ihn die GRE seit vielen Jahren propagiert. Neben der Förderung kommt nach Ansicht der Kommission aber auch der **Stärkung der Mieterrechte zur Verringerung der Energiekosten und Verbesserung der Wohnqualität (3)** eine wesentliche Bedeutung zu. Auch hierbei kann ein qualitativ hochwertiger Bedarfsenergiepass die notwendige Transparenz in Streitfällen zwischen Mieter und Vermieter bieten und mittelfristig energetisch hochwertigem Wohnraum wichtige Vorteile auf dem Wohnungsmarkt verschaffen.

Die von der Kommission vorgeschlagene mittel- bis langfristige Etablierung des Passivhausstandards im Neubau wie im Gebäudebestand ist aus Sicht GRE allerdings nicht uneingeschränkt empfehlenswert.

Für die größtmögliche Energieeinsparung ist **absolute Offenheit hinsichtlich der genutzten Technologie erforderlich**, die die bauliche Qualität ebenso berücksichtigt wie die Qualität der eingesetzten Anlagentechnik. Unter die Vorbedingung einer integralen Betrachtung des Gebäudes, die sich an einer übergreifenden Bezugsgröße orientiert, sollte auch die Forderung des Ausbaus der Kraft-Wärme-Kopplung (6) sowie der Steigerung des Anteils Erneuerbare Energieträger am Wärmemarkt (7) gestellt werden. Starre Nutzungspflichten für bestimmte Technologie oder bestimmte bauliche Standards (z.B. Passivhaus)

können sogar als Hemmnis für Investitionen zur Energieeinsparung wirken. Wenn dagegen **nicht Wege, sondern übergreifende Ziele vorgegeben werden, wie z.B. ein maximaler Primärenergiebedarf oder ggf. ein maximaler Kohlendioxidausstoß, können die konkurrierenden Maßnahmen zur Energieeinsparung und zur Energieeffizienzsteigerung objektspezifisch optimal konfiguriert werden.** Je größer der Spielraum zur Erreichung anspruchsvoller Zielvorgaben ist, umso leichter lassen sich die Investitionen mobilisieren, die für den Klimaschutz wie für die Haushaltskassen angesichts der stark steigenden Preise fossiler Energieträger dringend notwendig sind.

- Link zum Bericht der NRW- Enquetekommission, [PDF-Datei](#),

Dr. Rolf-Michael Lüking
Geschäftsführender Vorstand der GRE e.V.
Kassel, den 15.8.2008